

FDP Rheinland-Pfalz

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

Stand: 31.01.2026

Stellungnahme der FDP Rheinland-Pfalz

Erwartungen an die demokratischen Parteien in Rheinland-Pfalz in der Legislaturperiode 2026-2031 von agarp, Flüchtlingsrat RLP e.V. und Initiativausschuss für Migrationspolitik

Handlungsfeld „Förderung von Demokratie und demokratischer Zivilgesellschaft“

Für uns Freie Demokraten steht im Zentrum aller Politik die Würde und Freiheit des einzelnen Menschen. Unsere liberale Demokratie ist kein Selbstläufer, sondern die Voraussetzung dafür, dass Menschen unterschiedlich leben, glauben, lieben und denken können. Gerade in einer vielfältigen Gesellschaft wie Rheinland-Pfalz ist Demokratie der Rahmen, der ein friedliches Miteinander in Freiheit ermöglicht. Deshalb ist unser Antrieb, uns nicht nur zu Grund- und Menschenrechten zu bekennen, sondern sie im Alltag wirksam zu verteidigen. Gesellschaftliche Vielfalt ist für uns ein Geschenk – sie entsteht dort, wo Menschen ihre individuelle Freiheit nutzen können.

Aus diesem Verständnis heraus setzen wir auf einen starken Rechtsstaat und eine aufgeklärte Bürgerschaft. Demokratie wird dauerhaft nur dann getragen, wenn Menschen ihre Rechte kennen, Institutionen vertrauen können und politische Auseinandersetzungen sachlich geführt werden. Wir treten Rassismus und Diskriminierung entschieden entgegen, weil sie die Gleichwertigkeit aller Menschen infrage stellen. Zugleich werben wir für eine politische Kultur, die auf Fakten, Respekt und Fairness basiert. Polarisierung und bewusste Spaltung mögen kurzfristig Aufmerksamkeit bringen, sie schwächen aber den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hier sehen wir eine klare Schnittmenge mit Ihrem Anliegen nach einer demokratischen Streitkultur ohne diskriminierende Zuschreibungen.

Konkret heißt das für uns: Wir Freie Demokraten stärken die Demokratie vor allem über Bildung, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz staatlichen Handelns. Politische Bildung, Medienkompetenz und Demokratiebildung – gerade bei jungen Menschen – sind für uns zentrale Investitionen in die Zukunft. Wir sind dankbar für das Engagement der Zivilgesellschaft für Demokratie und Menschenrechte und sehen sie als wichtigen Teil eines lebendigen Gemeinwesens. Unser Schwerpunkt liegt jedoch weniger in einer dauerhaften staatlichen Finanzierung zivilgesellschaftlicher Akteure, sondern in verlässlichen rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen und guter Bildung für alle. Denn eine wehrhafte Demokratie entsteht aus mündigen Bürgerinnen und Bürgern und aus Institutionen, die konsequent Recht durchsetzen. Wo zivilgesellschaftliche Initiativen angegriffen oder diffamiert werden, stellen wir uns schützend vor die Grundrechte, die ihre Arbeit ermöglichen.

So verbindet sich für uns ein klares Bekenntnis zu Menschenrechten und Vielfalt mit einem liberalen Verständnis staatlicher Verantwortung: Der Staat soll Freiheit sichern, Recht durchsetzen und Bildung ermöglichen – die lebendige Demokratie selbst tragen die Bürgerinnen und Bürger.

Handlungsfeld „Asylpolitik“

Für uns Freie Demokraten ist das Grundrecht auf Asyl Ausdruck unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung. Es wurzelt in der historischen Erfahrung, dass Menschen Schutz brauchen können vor Verfolgung, Krieg und existenzieller Not. Dieses Grundrecht zu achten, ist für uns kein taktisches, sondern ein verfassungsrechtliches und moralisches Gebot. Zugleich wissen wir: Damit dieses Schutzversprechen gesellschaftlich getragen wird, braucht es ein System, das fair, verlässlich und nachvollziehbar funktioniert. Akzeptanz für Humanität entsteht dort, wo Verfahren gerecht sind und Entscheidungen Bestand haben.

Deshalb setzen wir auf rechtsstaatlich saubere, individuelle und vor allem zügige Asylverfahren. Menschen, die Schutz brauchen, sollen ihn schnell bekommen; Menschen ohne Schutzanspruch brauchen ebenso schnell Klarheit. Ein faires Verfahren bedeutet für uns immer auch schnelle Entscheidungen und Rechtssicherheit für alle Seiten. Die unabhängige Justiz spielt hier eine zentrale Rolle. Ihre Entscheidungen schaffen Vertrauen – und dieses Vertrauen sichern wir, indem rechtskräftige Entscheidungen auch umgesetzt

werden. Hier sehen wir durchaus eine gemeinsame Grundlage mit Ihrem Anliegen nach fairen und individuellen Verfahren.

Gleichzeitig gehört zur Ehrlichkeit in der Asylpolitik: Wenn am Ende eines rechtsstaatlichen Verfahrens eine Ausreisepflicht steht, muss der Staat diese grundsätzlich auch durchsetzen. Dafür gibt es Recht und Gesetz. Wir haben Respekt vor zivilgesellschaftlichem Engagement in Einzelfällen und vor dem menschlichen Impuls, individuelle Härten zu sehen. Doch Politik muss das Ganze im Blick behalten. Wenn der Eindruck entsteht, dass Regeln beliebig sind oder Entscheidungen nicht gelten, leidet das Vertrauen in den handlungsfähigen Rechtsstaat – und damit auch die Akzeptanz gegenüber Schutzsuchenden insgesamt. Unser Ziel ist daher ein System, das Humanität und Ordnung verbindet.

Konkret heißt das: Wir Freie Demokraten bekennen uns klar zum Grundrecht auf Asyl und zu fairen Verfahren. Wir stehen zugleich zur konsequenten Umsetzung rechtskräftiger Entscheidungen, auch bei Ausreisepflicht. Die Bezahlkarte sehen wir als ein Instrument, um staatliche Leistungen praktikabel, transparent und zielgerichtet zu organisieren. Unsere Kommunen leisten bei der Aufnahme Geflüchteter Enormes; ihre Belastungsgrenzen müssen ernst genommen werden. Deshalb sehen wir derzeit keinen Spielraum für zusätzliche Landesaufnahmeprogramme. Zudem liegt die verfassungsmäßige Verantwortung für Migration auf der Bundesebene. Dort werden wir Änderungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht jeweils im Lichte von Rechtsstaatlichkeit, Praktikabilität und Humanität prüfen – pauschale Vorfestlegungen helfen aus unserer Sicht nicht weiter.

So verbinden wir eine klare Haltung zum Schutz von Menschen mit einer ebenso klaren Verantwortung für die Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaats und die Belastbarkeit unserer Kommunen. Unser Anspruch ist eine Asylpolitik, die menschlich ist, aber auch ehrlich, berechenbar und rechtssicher.

Handlungsfeld „Unterstützung der Kommunen im Bereich der Integration“

Für uns Freie Demokraten beginnt gelingende Integration vor Ort – in den Städten, Gemeinden und Landkreisen, wo Menschen ganz konkret zusammenleben. Dort entscheidet sich, ob aus Zuwanderung Teilhabe wird.

Wir sehen mit großem Respekt, was Kommunen, Haupt- und Ehrenamtliche sowie zivilgesellschaftliche Initiativen hier täglich leisten. Dieses Engagement für Integration, Vielfalt und demokratisches Miteinander ist ein starkes Fundament für unser Land. Gleichzeitig erleben die Kommunen hohe Belastungen: eine angespannte Finanzlage, Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst und wachsende organisatorische Anforderungen. Diese Realität ernst zu nehmen, ist für uns Voraussetzung jeder verantwortungsvollen Integrationspolitik.

Deshalb setzen wir auf einen Ansatz, der Kommunen stärkt, ohne sie zu überfordern. Integration lässt sich nicht per Gesetz verordnen, sondern gelingt durch konkrete Chancen im Alltag. Für uns sind die entscheidenden Hebel Sprachförderung, Bildung und die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Wer die Sprache lernt, Zugang zu Bildung hat und arbeiten kann, findet seinen Platz in unserer Gesellschaft. Im Grundsatz ist uns auch wichtig, dass Schutzsuchende schnellstmöglich arbeiten dürfen. Instrumente wie den sogenannten „Spurwechsel“ halten wir für zielführend. Gerade beim Thema Arbeit sehen wir die größten und nachhaltigsten Integrationswirkungen – und darauf legen wir landespolitisch hohe Priorität. In diesem Punkt gibt es aus unserer Sicht viele Anknüpfungspunkte zu Ihren Zielen einer nachhaltigen Integrationsförderung.

Gleichzeitig glauben wir, dass zusätzliche Strukturen nicht automatisch bessere Ergebnisse bringen. Eine kommunale Pflichtaufgabe „Integration“ lehnen wir ab, weil sie neue rechtliche und finanzielle Verpflichtungen schaffen würde, ohne die praktischen Probleme vor Ort zu lösen. Ebenso sehen wir derzeit keinen Bedarf für neue Zentralstellen, da rechtlich klar geregelt ist, wer sich in unserem Land aufhalten und bleiben darf. Wichtiger ist aus unserer Sicht, bestehende Strukturen leistungsfähig zu machen. Gerade in der Digitalisierung liegt großes Potenzial, um kommunale Ausländerbehörden zu entlasten, Ressourcen zu schonen und Verfahren zu beschleunigen – dieses Potenzial ist vielerorts noch nicht ausgeschöpft.

Konkret heißt das: Wir Freie Demokraten stehen zur auskömmlichen Finanzierung der Migrationsfachdienste und der psychosozialen Zentren im Rahmen der rechtlichen Grundlagen und der haushalterischen Möglichkeiten. Gleichzeitig sehen wir den Bund in einer besonderen Finanzierungsverantwortung. Die Kommunen werden in ihren übertragenen Aufgaben bereits bedarfsgerecht unterstützt; wo weitere sinnvolle Unterstützung Integrationsprozesse verbessert, sind wir gesprächsbereit. Die Kooperationsstrategie zwischen Land und Kommunen wollen wir im engen

Schulterschluss und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten fortsetzen und bei Bedarf weiterentwickeln.

Die Frage, wie Kommunen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung mit Integrationsbeauftragten oder Beiräten umgehen, liegt aus unserer Sicht bei ihnen selbst. Politische und gesellschaftliche Teilhabe der Menschen mit Einwanderungsgeschichte insgesamt halten wir jedoch für wichtig, weil sie Integration stärkt und gegenseitiges Verständnis fördert.

Unser Ansatz ist damit klar: Wir wollen Integration ermöglichen, indem wir Chancen eröffnen – nicht indem wir neue Pflichten schaffen. Eine integrationsfreundliche Politik ist für uns eine Politik, die Kommunen handlungsfähig hält, Bildung stärkt, Arbeit ermöglicht und Teilhabe fördert.

Handlungsfeld „Antirassismus und Antidiskriminierung“

Für uns Freie Demokraten ist die Gleichwürdigkeit aller Menschen ein Kern liberaler Überzeugung. Jeder Mensch soll sein Leben selbstbestimmt führen können – unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung oder anderen persönlichen Merkmalen. Diskriminierung verletzt dieses Versprechen der Freiheit und Chancengleichheit. Deshalb ist es unser grundlegendes Anliegen, Menschen wirksam vor Benachteiligung zu schützen und ein gesellschaftliches Klima zu fördern, das von Respekt und Offenheit geprägt ist.

Aus dieser Haltung heraus unterstützen wir einen starken und verlässlichen Diskriminierungsschutz. Rheinland-Pfalz hat hier bereits wichtige Schritte unternommen und bestehende Schutzlücken geschlossen – zuletzt über das Landesgesetz für Chancen, Demokratie und Vielfalt (LGCDV). Das zeigt: Der Rechtsstaat ist handlungsfähig und entwickelt sich weiter. Gleichzeitig sind Gesetze allein nicht ausreichend. Entscheidend ist, dass sie im Alltag wirken, bekannt sind und angewendet werden können. Prävention, Aufklärung und eine Kultur des Hinschauens spielen für uns eine ebenso große Rolle wie rechtliche Regelungen. In diesem Verständnis sehen wir durchaus Anknüpfungspunkte zu Ihrem Ziel, Diskriminierung wirksam entgegenzutreten.

Wir sind offen für den Dialog darüber, wie Diskriminierungsschutz weiter verbessert werden kann. Dabei leitet uns der Grundsatz, dass gute Politik nicht automatisch mehr Bürokratie oder immer neue Gesetze bedeutet. Oft sind es klare Verfahren, gute Beratung, Sensibilisierung und Bildung, die den größten Unterschied machen. Auch Sprache und Begrifflichkeiten entwickeln sich weiter. Wir werden eine Modernisierung der Landesverfassung prüfen. Dazu zählt insbesondere die Streichung des überholten Rassebegriffs.

Wir Freie Demokraten stehen für einen effektiven Diskriminierungsschutz auf Grundlage des Rechtsstaats, für Aufklärung und Sensibilisierung in Bildung und Gesellschaft und für eine offene Diskussion über sinnvolle Weiterentwicklungen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Vielfalt selbstverständlich ist und Menschen nicht aufgrund von Zuschreibungen benachteiligt werden – erreicht durch wirksame Instrumente, Augenmaß und eine Politik, die Freiheit und Gleichbehandlung zusammen denkt.

Handlungsfeld „Politische Partizipation“

Für uns Freie Demokraten ist politische Teilhabe ein zentraler Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Menschen sollen die Möglichkeit haben, sich einzubringen, Verantwortung zu übernehmen und ihr Lebensumfeld mitzugestalten. Gerade auf kommunaler Ebene erleben wir, wie wichtig Engagement vor Ort ist – in Vereinen, Initiativen, Nachbarschaften oder im Ehrenamt. Wer sich als Teil unserer Gesellschaft versteht und sich einbringt, stärkt den Zusammenhalt und die demokratische Kultur insgesamt.

Aus liberaler Sicht gehört zu echter Teilhabe aber auch Verlässlichkeit der demokratischen Regeln. Das Wahlrecht ist ein zentrales Bürgerrecht, das in unserem Verfassungsverständnis an die Staatsangehörigkeit geknüpft ist. Es verbindet politische Mitentscheidung mit der vollen rechtlichen Zugehörigkeit zum Staatsvolk. Diese Koppelung ist kein Ausdruck von Ausgrenzung, sondern von Rechtsklarheit und demokratischer Verantwortung. Gleichzeitig teilen wir das Anliegen, dass Menschen, die dauerhaft hier leben, sich als Teil unseres Gemeinwesens fühlen und mitgestalten können.

Deshalb setzen wir auf einen klaren und fairen Weg zur Einbürgerung. Wer dauerhaft hier lebt, sich integriert und die Voraussetzungen erfüllt, hat die Möglichkeit, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben – und damit auch das volle Wahlrecht.

So verbinden wir Teilhabe und Rechtsstaatlichkeit. Darüber hinaus unterstützen wir vielfältige Formen gesellschaftlicher und politischer Mitwirkung jenseits des Wahlrechts, etwa durch Bürgerbeteiligung, Engagement in lokalen Gremien, Vereinen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Konkret heißt das: Wir Freie Demokraten wollen Integration und gesellschaftliche Teilhabe stärken und Menschen ermutigen, sich vor Ort einzubringen. Gleichzeitig halten wir am Grundsatz fest, dass das Wahlrecht an die Staatsangehörigkeit gebunden ist. Unser Ansatz ist: möglichst viel Teilhabe ermöglichen, klare rechtsstaatliche Regeln wahren und den Weg zur vollen politischen Mitbestimmung über die Einbürgerung offen und attraktiv gestalten.